

Ein Scharnier zwischen Alt und Neu

EUROPA Michael Gehler schildert den Weg Österreichs von der erzwungenen Neutralität in die EU. Die Befürworter des Beitritts sahen die Chance, die nationale Souveränität zu bewahren

Von Volker Kronenberg

Soll sich die EU zu einem Bundesstaat entwickeln, ein Staatenverbund bleiben oder gar wieder zu einem Staatenbund werden? Die Auffassungen hierüber weichen in den jeweiligen Mitgliedstaaten signifikant voneinander ab, je nach dem, wie man das Verhältnis des eigenen Staates zur Union bestimmt. Dass Deutschland an einer Überwindung tradierter Nationalstaatlichkeit aufgrund der langen Schatten des Dritten Reiches gelegen ist, ist in Europa hinlänglich bekannt und wird nicht selten mit Stirnrunzeln quittiert.

Dass selbstbewusste Nationalstaaten wie Großbritannien oder Frankreich ebenso wenig wie die jungen mitteleuropäischen Demokratien, die mit Ende des kommunistischen Jochs gerade wieder zu nationaler Selbstbestimmung gelangt sind, daran Interesse haben, ist wenig verwunderlich. Gleichwohl eint sie alle, ob Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen oder Ungarn, das Interesse an einer Mitgliedschaft in der EU. Verwunderlich? Nein. Hier nun kommt Österreich ins Spiel.

Das Verhältnis Österreichs zu Europa hat der in Innsbruck und Bonn forschende Historiker Michael Gehler zum Thema einer Untersuchung gemacht, der Respekt gebührt und die Beachtung verdient. In zwei Bänden, einem Darstellungs- und einem Dokumenten-Band vermag es Gehler nicht nur, den „langen Weg“ der Alpenrepublik vom Ende der Monarchie bis zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union im Jahre 1995 zu rekonstruieren, sondern darüber hinaus eine beeindruckende „tour d'horizont“ des europäischen Integrationsprozesses vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die Gegenwart vorzulegen, die ihresgleichen sucht.

Zum Inhalt: Österreich, seit 1955 wieder souveräner Staat, hatte als Preis für nationale Eigenständigkeit eine vor allem von Seiten der Sowjetunion geforderte „immerwährende Neutralität“ zu bezahlen, die in der Folgezeit jenseits sicherheitspolitischer und ökonomisch-politischer Westintegration allenfalls eine Westorientierung erlaubte. Gleichwohl zwang die geostrategisch und sicherheitspolitisch heikle Lage im Kalten Krieg, zwangen die Größe und spezifische Ressourcenlage des Staates sowie die Abhängigkeit seiner ökonomischen und sozialen Lebenschance von den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zum westlichen Ausland die österreichischen Bundesregierungen zu einer schrittweisen, behutsamen Integrationspolitik gen Westen (1961 und 1963 wurden



Europafans: Vizekanzler Erhard Busek freut sich im Juni 1994 mit Anhängern über das Ja der Österreicher zum EU-Beitritt. FOTO: DPA

Anträge auf EWG-Assoziation gestellt), die jedoch nie das Band zur Sowjetunion bzw. den ostmitteleuropäischen Staaten gefährden durfte.

Aus dem anfänglichen Diktat der Neutralität entwickelte sich nach und nach ein selbstbewusst eingesetztes Mittel österreichischer Außenpolitik, welches 1989/90 mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa allerdings seine Bedeutung verlor. War ein

Aus dem Diktat der Neutralität entwickelte sich ein selbstbewusst eingesetztes Mittel der Außenpolitik

Beitritt Österreichs zur EWG bzw. EG aufgrund des sowjetischen Vetos bis in die Ära Gorbatschow unrealistisch, so spiegelte das EG-Beitrittsgesuch Österreichs vom 17. Juli 1989 jenen weltpolitischen Wandlungsprozess wider, in dessen Folge Österreich neben Finnland und Schweden zum 1. Januar 1995 Mitglied der nunmehr 15 Staaten umfassenden Europäischen Union wurde.

Aufschlussreich nun ist – auch mit Blick auf die bevorstehende Ost-Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedstaaten –, dass es den österreichischen EG/EU-Beitrittsbefürwortern in ihrer Argumentation für Europa nicht zuletzt um eine Bewahrung nationaler Souveränität ging.

Das Projekt „Europa“ impliziert(e) für Österreich keineswegs ein Absterben der Nationen und eine Abschaffung der nationalen Souveränität. Im Gegenteil: Europa schaffe, so die Interpretation am Wiener Ballhausplatz, eine Voraussetzung für ihr Überleben, wenn auch in veränderter, das heißt eingeschränkter Form. Mit anderen Worten: EWG, EG und EU gelten als Instrumente kollektiver Wahrnehmung originär nationalstaatlicher Interessen und Kompetenzen.

„Als Nichtmitglied der Union“, warb der ÖVP-Spitzenpolitiker Alois Mock seinerzeit entsprechend für einen Beitritt seines Landes zur EU, „hätte Österreich deutlich geringere Möglichkeiten, seine Interessen im internationalen Kräftespiel durchzusetzen. Dies nicht zuletzt auch im Verhältnis zur Europäischen Union, die ja selbst für die kleineren europäischen

Nichtmitgliedstaaten einen übermächtigen Partner darstellt.“

Ist Österreich im neunten Jahr seiner EU-Mitgliedschaft ein „hartnäckiger und schwieriger EU-Partner“, wie Michael Gehler abschließend fragt? Wer an die fragwürdige Sanktionspolitik der 14 EU-Staaten im Jahre 2000 angesichts der Bildung einer ÖVP/FPÖ-Koalition in Wien denkt, wird wohl mit „Ja“ antworten.

Doch Österreich ist vor allem ein wichtiger EU-Partner, der, so verdeutlicht das Studium dieses wertvollen politisch-historischen Psychogramms der europäischen Integrationsbewegung, aufgrund seiner geographischen Lage sowie seiner politischen Vergangenheit eine Scharnierfunktion zwischen dem „alten“ Europa, den westeuropäischen Gründungsstaaten der Gemeinschaft, und jenem „neuen“ Europa, den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern, erfüllen oder womöglich eine Vermittlerfunktion übernehmen kann.

Michael Gehler: Der lange Weg nach Europa. Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU. Studien Verlag, Innsbruck, 2002. Band I: Darstellung, 692 Seiten, 79 Euro; Band II: Dokumente, 760 Seiten, 79 Euro.

Unter Männern

BIOGRAFIE Heide Simonis zieht zu ihrem Geburtstag eine politische Zwischenbilanz

Von Ulla Fölsing

Lieber hätte sie einen Flohmarktführer geschrieben. Denn Heide Simonis sammelt leidenschaftlich gern alte Kaffeekannen und Brotschneidemaschinen. Aber das Jahr 2003 bietet gleich doppelt Anlass, ihr Leben in der Politik zu resümieren: Im Mai war die bislang einzige Frau unter den Ministerpräsidenten der bundesdeutschen Länder zehn Jahre im Amt, und am 4. Juli wurde sie sechzig.

„Unter Männern“ heißt ihr Rückblick, der pünktlich zum runden Geburtstag in den Buchhandel gekommen ist. Ihre Erinnerungen sind zugleich die politische Zwischenbilanz ihrer Arbeit an der Spitze der Regierung in Kiel. Sie verhehlt darin nicht ihre Genugtuung über das in Schleswig-Holstein Erreichte: „Ich bin stolz darauf, dass ich in den zurückliegenden zehn Jahren meiner Amtszeit das neue Erscheinungsbild dieses Landes in einigen entscheidenden Punkten mitprägen konnte.“

Auf 240 Seiten erzählt Heide Simonis offen und entspannt von ihrem langen, oftmals zähen, beschwerlichen Weg durch den politischen Alltag in ihr Spitzenamt. Widerstandskraft und Durchhaltevermögen dafür hat sie sich früh antrainiert: Die gebürtige Bonnerin, Jahrgang 1943, war die älteste von drei Schwestern, dabei Vaters Liebling und lange unter der Fuchtel einer dominanten Mutter. Das änderte sich erst, als sie Udo heiratete, der als Universitätsassistent ihre volkswirtschaftliche Diplomarbeit betreute, bis die Beziehung zu innig wurde.

Ihre nicht einfache Jugend hat sie zu einer verantwortungsbewussten, emsigen Person gemacht, die mit beiden Beinen auf der Erde steht und sich gern um andere kümmert. Menschen dieser Art scheuen



Heide Simonis mit Buch FOTO: AP

nicht das offene Wort. Der jungen Bonner Abgeordneten, die mit Knochenarbeit im Haushaltsausschuss des Bundestages brillierte, brachte ihre Unverblümtheit allerdings einen Karriereknick: 1987 rückte das